

II-2053 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 11. Dez. 1968

No. 1042/7

A n f r a g e

der Abgeordneten **P e t e r**, **Dr. van T o n g e l** und Genossen
an den Herrn Bundesminister für Finanzen,
betreffend Steuerlehndungsaktion der Finanzverwaltung in den Linzer
Reisebüros.

Laut verschiedenen Zeitungsmeldungen haben Linzer Finanz-
beamte in der letzten Zeit drei Wochen lang in die Kundenlisten der Lin-
zer Reisebüros Einsicht genommen, wobei jene Kunden notiert wurden,
die Reisen in einer Preislage über S 25.000.-- gebucht hatten.

Zweck dieser jede Geschäftsdiskretion mißachtenden Aktion,
die gegen den berechtigten Protest der Reisebüroinhaber durchgeführt
wurde, war es, herauszufinden, ob in einer Reihe von Fällen beantragte
oder schon gewährte Steuererleichterungen nicht etwa mit dem Hinweis
auf einen "aufwendigen Lebenswandel" abgelehnt bzw. rückgängig gemacht
werden könnten.

Derartige Methoden der Finanzverwaltung, wie sie nunmehr in
Linz praktiziert wurden, sind sowohl aus grundsätzlichen Erwägungen,
als auch im Hinblick auf damit verbundene wirtschaftliche Konsequenzen
entschieden abzulehnen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn
Bundesminister für Finanzen die

A n f r a g e :

Werden Sie dafür Sorge tragen, daß derartige Aktionen sich in Zukunft
nicht mehr wiederholen?

Wien, 11.12.1968